



Nr. 40

24.Oktober 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Volker Geyer im Gespräch mit BDA-Präsident Rainer Dulger
[Weg von überflüssiger Bürokratie – hin zu effizienter und digitaler Verwaltung](#)

Beauftragte müssen bleiben
[Einsparungen im Arbeitsschutz sind der falsche Weg](#)

Gemeinsam für Gleichstellung in Bundesbehörden
[Kreutz und Teggatz: Vaterschaftsurlaub stärkt Familien](#)

dbb senioren
[Kooperation mit Fachgewerkschaften: Nur Zusammenwirken aller verspricht Erfolg](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg
[dbb im Gespräch mit dem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
[Einstufung des ITZBund als Sicherheitsbehörde wird geprüft](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



Volker Geyer im Gespräch mit BDA-Präsident Rainer Dulger

Weg von überflüssiger Bürokratie – hin zu effizienter und digitaler Verwaltung

dbb-Chef Volker Geyer und Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Rainer Dulger haben über die Faktoren für die Verwaltung der Zukunft gesprochen.

„Bürokratie ist eine notwendige Organisation des Staatsapparates. Im Überfluss belastet sie jedoch Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und die Verwaltung“, machte Geyer bei dem Gespräch am 21. Oktober 2025 deutlich. „Deswegen ist es an der Zeit, den Hebel in die Hand zu nehmen und unsere Verwaltungen durch Digitalisierung leistungsfähiger und effizienter zu gestalten.“ Nicht nur beschleunige und entlaste Digitalisierung die Verwaltung, sondern Sorge zugleich für eine Senkung der Bürokratiekosten. „Eine konsequente Entbürokratisierung wird es ohne Digitalisierung nicht geben können“, betonte der dbb Bundesvorsitzende.

Ein wichtiger Bestandteil der Entbürokratisierung sei das Once-Only-Prinzip, bei dem Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen ihre Daten nur einmalig eingeben müssen. Anschließend werden sie allen relevanten Behörden zur Verfügung gestellt. „Once-Only-Verfahren senken

die Redundanz und spart Zeit und Nerven – nicht nur für die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, sondern auch für die Beschäftigten, die die Daten jedes Mal neu verarbeiten müssen“, erklärte Geyer. „Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung.“

Beim Bürokratieabbau sind aber in erster Linie die Gesetzgeber gefragt. „Die Flut an Gesetzen, Verordnungen und Regularien, die von der Politik verabschiedet werden, sorgen für Überlastung der Beschäftigten in den Verwaltungen“, kritisierte der dbb Chef. „Der Vollzug der Gesetze muss daher bereits im Gesetzgebungsverfahren beachtet und geprüft werden.“ Abschließend machte Geyer den Wert einer leistungsstarken Verwaltung deutlich: „Eine leistungsfähige und gut ausgestattete Verwaltung ist das Fundament der Bundesrepublik Deutschland. Nur so können öffentliche Sicherheit, sozialer Frieden und Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten werden.“

Beauftragte müssen bleiben

Einsparungen im Arbeitsschutz sind der falsche Weg

Die Bundesregierung plant, die Zahl der Sicherheitsbeauftragten zu reduzieren, um Bürokratie abzubauen. Das ist nicht nur kontraproduktiv, sondern auch gefährlich.

„Die geplante Einsparungen von etwa 123.000 Sicherheitsbeauftragten setzt den Arbeitsschutz in Deutschland aufs Spiel“, kritisierte Maik Wagner, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, am 23. Oktober 2025 in Berlin. „Das ist der falsche Weg. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, davon Abstand zu nehmen.“ Die Koalition konterkariere mit diesen Plänen ihren eigenen Anspruch. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Wir stehen für hohe Standards im Arbeitsschutz“. Wagner: „Auch die Umsetzung von ‚vision zero‘ – eine Welt ohne Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen – rückt so in weite Ferne.“ Die Kosten, die die Wirtschaft durch die Sicherheitsbeauftragten spart, seien niedrig. Zudem könnten die Ersparnisse auch noch deutlich kleiner werden, sollten in der Folge die Arbeitsunfälle und damit die entsprechenden Folgekosten steigen.

Der dbb wende sich nicht gegen Bürokratieabbau, machte der dbb Vize deutlich, im Gegenteil: „Die Abschaffung von unnötigen Mehrfachprüfungen und das Beschleunigen der Digitalisierung wird vom dbb unterstützt.“ Mit der Abschaffung des Ehrenamtes in kleineren Betrieben sei allerdings nur wenig Bürokratieabbau verbunden. Gerade mit Blick auf den demografischen Wandel sei Arbeitsschutz unabdingbar: „Nur gesunde Mitarbeitende können ihre Lebensarbeitszeit verlängern“, unterstrich Wagner.

Hintergrund: Die Bundesregierung plant in ihrem Sofortprogramm für den Bürokratierückbau im Arbeitsschutz u.a. die Abschaffung der Verpflichtung zur Bestellung eines Sicherheitsbeauftragten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit weniger als 50 Beschäftigten und eine Begrenzung auf einen Sicherheitsbeauftragten für KMU mit weniger als 250 Beschäftigten.



Gemeinsam für Gleichstellung in Bundesbehörden **Kreutz und Teggatz: Vaterschaftsurlaub stärkt Familien**

Ein bezahlter Vaterschaftsurlaub von zehn Tagen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst wäre ein wichtiges Signal für Gleichstellung und moderne Verwaltungskultur.

„Es geht nicht nur um ein paar freie Tage“, betonte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 21. Oktober in Berlin. „Es geht um Anerkennung von Familienarbeit als gesellschaftliche Aufgabe – und darum, Vätern die Möglichkeit zu geben, von Anfang an Verantwortung zu übernehmen. Die ersten Tage nach der Geburt sind entscheidend für Bindung, Rollenverständnis und ein partnerschaftliches Familienmodell.“

Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, ergänzte: „Der öffentliche Dienst sollte Vorbild sein. Wenn wir ernsthaft wollen, dass sich Care-Arbeit gerechter verteilt, müssen wir auch die strukturellen Voraussetzungen schaffen. Eine unbürokratische Lösung liegt längst auf dem Tisch: Durch eine einfache Anpassung des § 21 der Sonderurlaubsverordnung ließe sich der Anspruch auf zehn Tage Vaterschaftsurlaub schnell und rechtssicher umsetzen. Dafür braucht es keinen langen Gesetzgebungsprozess, sondern nur den politischen Willen.“

Beide weisen darauf hin, dass auch die Einführung des Elterngeldes nicht zu einer gleichmäßigen Aufteilung der Elternzeit geführt habe. Noch immer nehmen überwiegend Mütter längere Auszeiten, während Väter meist nur die sogenannten „Vätermonate“ nutzen. „Deshalb brauchen wir neue Impulse“, so Milanie Kreutz.

„Ein unbürokratisch gewährter Vaterschaftsurlaub wäre ein solcher Impuls. Und ein klares Bekenntnis zu echter Vereinbarkeit, Gleichstellung und moderner Familienpolitik.“ Die jüngste Diskussion um die Auslegung der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie zeigt, wie groß der Handlungsbedarf bei der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit noch immer ist.

Das Bundesfamilienministerium habe sich in den vergangenen Jahren stets dafür eingesetzt, dass Sorgearbeit fairer zwischen Frauen und Männern verteilt wird. „Wir haben dieses Engagement immer unterstützt und begrüßt. Gerade jetzt bietet sich die Chance, im eigenen Verantwortungsbereich ein sichtbares Zeichen zu setzen – für mehr Gleichstellung und eine moderne Verwaltung, die Familienfreundlichkeit lebt“, erklären Milanie Kreutz und Heiko Teggatz, beide stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, abschließend.

Hintergrund: Im September 2025 hatte das Verwaltungsgericht Köln entschieden, dass Bundesbeamten durch die EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige ein Anspruch auf bis zu zehn Tage vergüteter Vaterschaftsurlaub zusteht. Nach Auffassung des VG Köln ist die Umsetzung in nationales Recht bisher nicht im nötigen Umfang erfolgt.

dbb senioren

Kooperation mit Fachgewerkschaften: Nur Zusammenwirken aller verspricht Erfolg

Die Seniorenverbände des dbb und seiner Fachgewerkschaften müssen Netzwerke zukünftig noch besser verbinden, fordern Horst Günther Klitzing und Mario Reiß.

„Im dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften wechseln in den kommenden Jahren viele Mitglieder in den Ruhestand. Es ist eine unserer Hauptaufgaben, diese Mitglieder davon zu überzeugen, dass es sinnvoll ist, dem dbb die Treue zu halten. Die dbb bundesseniorenvertretung arbeitet deshalb daran, das Portfolio für Senioren auszuweiten“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb Bundesseniorenvertretung bei einem Treffen mit Mario

Reiß, dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) und weiteren Vertretern der Organisation am 20. Oktober 2025 in Berlin.

Beide wollten ausloten, wie Seniorenarbeit effektiver werden könne, künftig Synergien besser genutzt und Netzwerke miteinander verknüpft werden können. Mario Reiß betonte, dass „Seniorenarbeit in der GDL einen hohen Stellenwert einnimmt. Der demografische Wandel führt nicht nur zu Fachkräftemangel im



Bereich der Eisenbahn, sondern hat auch Auswirkungen auf die Mitgliedsstruktur der GDL und des dbb insgesamt.“ Viele Mitglieder stünden vor dem Eintritt in den Ruhestand und wünschten sich Initiativen im Bereich der Seniorenpolitik, etwa zu den Themen Rente, Pension, Pflege oder Teilhabe. „Serviceleistungen speziell für Mitglieder kurz vor beziehungsweise im Ruhestand sind ein wichtiges Instrument, die Menschen in der Gewerkschaft zu halten“, so Reiß.

„Das Zusammenwirken aller Mitgliedsverbände ist hier Grundlage für den Erfolg“, zeigte sich Klitzing überzeugt und unterstrich, wie sehr „die dbb bundesseniorenvertretung einen regelmäßigen Austausch mit den Mitgliedsverbänden schätzt. Unter anderem findet der über die regelmäßigen Sitzungen der Hauptversammlung statt. Eben diese Themen werden im Rahmen von Fachtagungen aufgegriffen und in Gesprächen an gesellschaftliche und politische Entscheider herangetragen“, berichtete der dbb-Seniorenchef.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

dbb im Gespräch mit dem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher

Der Vorsitzenden des dbb hamburg Thomas Treff hat sich mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Peter Tschentscher über Themen des öffentlichen Dienstes ausgetauscht.

Treff begrüßte, dass der Koalitionsvertrag viele Punkte bezüglich des öffentlichen Dienstes enthalte. Die dort festgehaltenen Punkte müssten jetzt mit Leben gefüllt werden. Der dbb hamburg sei bereit, gemeinsam mit dem Senat daran zu arbeiten, die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch für die Zukunft zu erhalten.

Beim Thema Bürokratieabbau forderte der dbb-Landeschef, die Fachexpertise der Beschäftigten, der Personalräte und der Gewerkschaften einzubeziehen und strukturell im Prozess zu verankern. Dabei hat man in den letzten Jahren im Bereich der Digitalisierung bereits gute Erfahrungen gemacht. Bürokratieabbau könne allerdings nur gelingen, wenn man auch die Regelungsdichte deutlich verringere, ansonsten werde auch die Digitalisierung nicht die gewünschten Erfolge bringen.

Mit Blick auf die Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mahnte Treff, dass

es in Hamburg nach wie vor noch Handlungsbedarf gebe, etwa bei transparenten Verfahrenswegen und beim Rechtsschutz.

Kurz wurde auch über die derzeit laufenden Tarifverhandlungen zum „TV Bürgernahe Dienstleistungen Hamburg“ und die in Kürze anstehenden Tarifverhandlungen für die Länderbeschäftigten gesprochen. Treff wies darauf hin, dass die Länder mit dem TV-L nicht den Anschluss an den TVöD (Bund und Kommunen) verlieren dürften.

Beim Thema „Amtsangemessene Alimentation“ gab es einen intensiven Austausch, aber erwartungsgemäß keine inhaltliche Übereinstimmung. Der Senat ist der Auffassung, dass die derzeitige gewährte Alimentation den verfassungsmäßigen Anforderungen des Grundgesetzes entspricht. Im Weiteren wolle man die höchstrichterlichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts abwarten. Treff machte deutlich, dass der dbb hamburg bei diesem Punkt nach wie vor dringenden Handlungsbedarf sieht.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Einstufung des ITZBund als Sicherheitsbehörde wird geprüft

Um die drohende pauschale Stelleneinsparung abzuwenden, prüft das Bundesministerium der Finanzen (BMF) derzeit, das InformationsTechnikZentrum Bund (ITZBund) als Sicherheitsbehörde einzustufen. Der BDZ begrüßt diese Initiative ausdrücklich – denn das ITZBund trägt mit dem Betrieb sicherheitsrelevanter IT-Systeme maßgeblich zum Schutz vor Cyberangriffen bei und darf nicht durch Sparzwänge geschwächt werden.

Die angespannte Planstellensituation beim ITZBund sorgt seit Monaten für Befürchtungen, dass die eigenen Nachwuchskräfte nach bestandener Laufbahnausbildung nicht in ein dauerhaftes Beamten- oder Tarifbeschäftigtenverhältnis übernommen werden können. Hintergrund ist die pauschale Stelleneinsparung der Bundesregierung, welche für das ITZBund eine Stelleneinsparung von zunächst 0,5 Prozent im Jahr 2025 und zusätzliche 2 Prozent im Jahr 2026 vorsieht.

Am 30. September 2025 führte der Vorsitzende des Hauptpersonalrats und BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel hierzu Gespräche im Ministerium und machte deutlich, dass alles getan werden muss, um die Nachwuchskräfte im Anschluss an ihre Laufbahnausbildung zu übernehmen. Auch die Zentralabteilung im BMF sieht die Notwendigkeit und hat ihre Unterstützung zugesichert.

Namen und Nachrichten

Nach einer weiteren Verzögerung von über einem Jahr wird der Tarifvertrag über eine neue Entgeltordnung für die Beschäftigten von AIRSYS nun endlich unterzeichnet! Der dbb hat einen neuen Tarifvertragsentwurf erhalten, der weitere Verbesserungen enthält und dem die dbb-Verhandlungskommission für den IT-Dienstleister am Flughafen Hamburg zugestimmt hat. dbb Verhandlungsführer Michael Adomat erklärte: „Die neue, moderne Entgeltordnung für die AIRSYS-Beschäftigten kann sich sehen lassen. Bereits im Jahr 2018 haben wir mit den Vorarbeiten begonnen. Nach jahrelanger pandemiebedingter Unterbrechung und weiteren ärgerlichen Verzögerungen melden wir nun endlich Vollzug. Die Entgeltordnung, die für die Beschäftigten deutliche Verbesserungen bringt, Besitzstände sichert und die Nachwuchsgewinnung stärkt, wird jetzt umgesetzt! Die konkrete Zuordnung der Beschäftigten erfolgt betrieblich und wird vom Arbeitgeber zur Überprüfung zur Verfügung gestellt.“ Alle Details zur Einigung gibt es unter www.dbb.de.

Die pauschale Stelleneinsparung betrifft die gesamte Bundesverwaltung. Dabei sind Sicherheitsbehörden ausgenommen. Die Zentralabteilung versucht im Rahmen der Haushaltsgespräche zum Haushalt 2026, das ITZBund als Sicherheitsbehörde einzustufen. Der BDZ begrüßt die Initiative der Abteilung. Die Behörde ist für den Betrieb sicherheitsrelevanter IT-Systeme für verschiedenste Sicherheitsbehörden verantwortlich und stellt einen zentralen Schutz gegen Cyberbedrohungen dar. Das ITZBund ist weit mehr als ein klassischer IT-Dienstleister der Bundesverwaltung. In Zeiten zunehmender Gefahr von hybriden Angriffen auf unsere IT-Systeme kann einer mehr denn je notwendigen IT-Sicherheit nicht mit Stellenstreichungen begegnet werden.

„Fachgewerkschaften sind das Rückgrat spezialisierter Berufsgruppen. Sie garantieren Expertise, Nähe zu den Mitgliedern und handlungsfähige Tarifpolitik. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir uns gemeinsam über unsere Zukunft verständigen“, sagte Andreas Pinheiro, Präsident der **Vereinigung Cockpit** (VC), am 20. Oktober 2025. Deshalb wird der Berufsverband des Cockpitpersonals in Deutschland am 24. November 2025 ein ganztägiges Symposium mit dem Titel „Zukunft der Fachgewerkschaft – zwischen Angriff und Aufbruch!“ in ihrer Frankfurter Geschäftsstelle durchführen. Ziel ist es, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fachgewerkschaften zusammenzubringen, um Strategien, gemeinsame Herausforderungen und Perspektiven zu diskutieren – und zugleich ein starkes Zeichen der Geschlossenheit zu senden. Sprechen wird unter anderem **dbb-Vize Claus Weselsky** über die Herausforderungen durch gewerkschaftliche Konkurrenz und die Bedeutung eigenständiger Fachgewerkschaften in einem sich wandelnden Tarifgefüge.

Termine:

17. November 2025

Pressekonferenz:

Forderungen zur Einkommensrunde der Länder 25/26

Weitere Informationen unter www.dbb.de

3. Dezember 2025

Einkommensrunde der Länder 25/26

1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

15.-16. Januar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

11.-13. Februar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de